



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

12. Sitzung vom 9. Dezember 2013

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–21.10 Uhr

Leitung: Stefan Kaiser

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: E. Bättig Knotek, S. Bräutigam, R. Ewald, B. Rumpf

Präsident:

Stefan Kaiser

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten:

Stefan Kaiser begrüsst die Anwesenden, insbesondere eine kleine Delegation des Einwohnerrats von Allschwil.

Es sind 36 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 19; Qualifiziertes Mehr: 25.

Für die abwesende Erika Bättig Knotek übernimmt Simone Abt das Amt der Stimmzählerin.

Die fünf eingegangenen Anfragen werden am Schluss der Sitzung durch die Gemeinderäte beantwortet.

Neu eingereichte Vorstösse

- | | |
|--|----|
| – Anfrage K. Bartels, CVP/GLP: Stand der Arbeiten beim Imhofhaus | 89 |
| – Anfrage St. Glaser, parteilos: Ausgebauter, defekter Lift in der ehemaligen Schlossmauer | 91 |
| – Anfrage St. Glaser, parteilos: Abklärung Sponsorengeld M. Eckenstein für den Umbau der Schlosstreppe | 92 |
| – Anfrage St. Glaser, parteilos: Fassade Imhofhaus, 2. Anfrage | 93 |
| – Anfrage P. Buess, EVP: InterGGA Information | 94 |
| – Motion R. Moll/St.Glaser/Ph. Schaub, parteilos: Rudolph „Bolo“ Mäglin-Strasse/-Weglein in Binningen | 95 |

Roger Moll hat zur von ihm eingereichten Motion keine Anmerkungen.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 23.9.2013
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.9.2013 / Bericht der GRPK vom 20.11.2013:
Voranschlag 2014, Finanzplan 2015–2018 inkl. Leistungsaufträge **90**
Geschäftskreisführung: Mike Keller
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.10.2013:
Motion Ph. Schaub, parteilos: Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege zu Hause: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung **67**
Geschäftskreisführung: Heidi Ernst
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.11.2013:
Motion S. Brenneisen/G. Löhr, SP: Einführung von Tempo 30 auf der Binninger Hauptstrasse: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung **71**
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.10.2013:
Motion Ch. Anliker, SVP: Reglement Kulturfonds unter HRM2: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung **73**
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.8.2013:
Postulat Ch. Anliker, SVP: Freier WLAN-Zugriff für alle: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung **74**
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.11.2013:
Postulat CVP/GLP: Wohnzone Birkenweg: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung **79**
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
7. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 23.9.2013

://: Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

Voranschlag 2014, Finanzplan 2015–2018 inkl. Leistungsaufträge

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Der Präsident der GRPK bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die Arbeit und das Engagement für dieses Budget. Weiter spricht er Sandra Sprecher seinen Dank aus, die die Administration für die GRPK erledigt.

Wie man sich unschwer vorstellen kann, hatte die Kommission keine Freude am vorliegenden Budget. Sie hat die Kontrolle mit dem Ziel, ein einigermaßen ausgeglichenes Budget zu erreichen, begonnen. Folgende Umstände beeinflussen den Voranschlag ungünstig:

1. Die Forderung der Pensionskasse: Per 31.12.2012 betrug sie ca. CHF 31 Mio. Franken. Dieser Betrag betrifft allerdings nur die Angestellten der Gemeinde. Dazu kommen noch Annex-Organisationen wie beispielsweise die Spitex. Der geschuldete Betrag soll als Aufwertungsreserve in der Eröffnungsbilanz 2014 verrechnet werden. Was bedeutet das? Die Liegenschaften (v.a. im Finanzvermögen), bis jetzt in der Bilanz mit einem Franken auf der Aktiv-Seite aufgeführt, werden neu zum Verkehrswert bewertet. Es gibt also eine Aufwertung des Finanzvermögens auf der Aktiv-Seite – zum Teil auch des Verwaltungsvermögens. Die Pensionskassenschuld wird dagegen gebucht in der Hoffnung, dass die Aufwertungsreserve gleich gross ist wie die Schuld. Der Kanton möchte dies nach der Schlussbilanz 2013 vornehmen und vor der Eröffnungsbilanz 2014 einfügen. Wenn sich die Eröffnungsbilanz gegenüber der Schlussbilanz verändert, nennt man das „Mitternachtsbilanz“. Mit diesem Vorgehen tauchen die Aktivierungen und Passivierungen weder in der Erfolgsrechnung 2013 noch in der Rechnung 2014 auf.

Wichtig ist, dass die Schuld irgendwann bezahlt werden muss. Dafür braucht es Liquidität. Die Aufwertung bei den Aktiven ist ein reiner Buchwert, also nichts wert, ausser die Liegenschaften würden verkauft.

2. Unter HRM2 dürfen die Abschreibungen nicht mehr im gewohnten Rahmen vorgenommen werden. Investitionen bis zu CHF 100 000 darf die Gemeinde direkt abschreiben, was darüber ist, kann nicht mehr abgeschrieben werden. Eine Investition für ein Fahrzeug muss beispielsweise über vier, eine Investition für den Tiefbau über 40 Jahre abgeschrieben werden. Der Aufwand wird also geringer und die Belastungen werden in die Zukunft verschoben; die Abschreibungen werden erhöht.

Das Budget 2014 hat rund 9 Millionen vorgesehen, wovon nur CHF 466 000 Abschreibungen sind. Würde man so abschreiben wie bis jetzt, würden die Abschreibungen etwa 5,3 Millionen ausmachen. Die 3,6 Millionen Aufwand für die Primarschule sind darin noch nicht enthalten.

Zum Budget: Der Einwohnerrat beschliesst jeweils ein Globalbudget, das in Geschäftskreise und Leistungszentren aufgeteilt ist. Der Gemeinderat und die Verwaltung setzen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) um. Der Einwohnerrat stimmt den Leistungsaufträgen zu und bewilligt die dafür notwendigen Mittel und Personalressourcen. Das gibt dem Gemeinderat und der Verwaltung die nötige Freiheit und Flexibilität, die Mittel dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden. Damit hat aber der Einwohnerrat, resp. die GRPK, nicht mehr den Einblick in jedes Detail. Bei den Budgetgesprächen hat sich gezeigt, dass die unterschiedlichen Aufgaben eine unterschiedliche Sichtweise mit sich bringen. Weiter wurde deutlich, dass es unterschiedliche Meinungen dazu gibt, wie mit WoV gearbeitet werden sollte. Ein Beispiel: Wer macht Sparvorschläge, nachdem das gedruckte Budget vorliegt? Ist es die Verwaltung, der Gemeinderat oder müssen die Vorschläge von der GRPK kommen? Ein Grossteil der GRPK ist der Meinung, dass, wenn ein Globalbudget bewilligt wird und man keinen Einblick mehr in die Details hat, die Sparvorschläge von den Detailkennern kommen müssen – also von der Verwaltung oder eventuell vom Gemeinderat. Die GRPK muss sich bei ihrer Kontrolle auf Stichproben und Detailfragen verlassen.

An der ersten Budgetsitzung war der Konsens, dass die GRPK gemeinsam mit dem GR und der Verwaltung die Steuererhöhung so gering wie möglich halten und den Verlust der 2,2 Millionen möglichst vermeiden will. Bei einer eingeschobenen Sitzung haben die einzelnen Subkos im Gespräch mit den zuständigen Gemeinderäten und Budgetverantwortlichen der Verwaltung einen Weg gesucht, um den Fehlbetrag einzusparen. Leider waren diese Gespräche nicht sehr ergiebig. Die GRPK kann heute nur (eigene) Vorschläge in der Höhe von CHF 675 000 unterbreiten. Die Mehrheit der GRPK ist nach wie vor der Meinung, dass weitere Einsparungen möglich sind, ohne dass die Dienstleistungen der Gemeinde zusammenbrechen. Allerdings muss man dafür, wie gesagt, die Details kennen.

Beispiele: Mit dem Budget wird der Personalbestand von 11 502 Stellenprozent bewilligt. Dies entspricht 115 Mitarbeitenden zu 100 Prozent. Was stellenprozentmässig nicht bewilligt oder in anderen Budgetpositionen mitbewilligt wird, ohne dass dafür eine Begründung vorliegt, sind 29 100%-Temporärstellen über zwölf Monate. Möglicherweise ist der hohe Anteil von temporär Beschäftigten durch krankheitsbedingte Abwesenheiten berechtigt, doch ist die GRPK der Meinung, dass nicht weiter so geplant werden muss.

Im 2014 fehlen vierzehn 100%-Mitarbeitende wegen Sabbaticals, wenn sämtliche Ansprüche bewilligt und bezogen werden würden. In Zahlen ausgedrückt: 115 Mitarbeitende, 29 Temporär-Mitarbeitende = 25 % höherer Personalbestand als bewilligt. Durch Sabbaticals fehlen übers Jahr 12 % der Stamm-Mitarbeiter.

In den letzten eineinhalb Jahren wurden einige Stellen innerhalb der Abteilungen verschoben. Leider kennt man dazu keine Details.

Aus Sicht von Edi Rietmann sollte der Personalstamm in den kommenden Monaten hinterfragt werden. Entweder sind die Anforderungen an die Verwaltung zu hoch, der Personalstand zu tief oder es werden Arbeitsstunden mit Aufgaben gebunden, die anders vorgesehen sind oder von der Gemeinde gar nicht erledigt werden müssen.

Der Gemeinderat hat in den Gesprächen erklärt, dass 80 Prozent der Ausgaben gebunden sind. Das entspricht ca. 60 Mio. Franken. Leider kann die GRPK bis heute nicht beurteilen, welche Aufgaben von Bund und Kanton vorgeschrieben sind und welche auf gemeindeeigenen Vorgaben beruhen. Weiter ist nicht ersichtlich, ob die gebundenen Aufgaben Leistungen beinhalten, die sich Binningen zusätzlich leistet und die allenfalls gestrichen werden können. Ein Beispiel dazu ist der Info-Flatscreen im Eingangsbereich der Verwaltung, der in einem negativen Budget nur ein „nice-to-have“ darstellt. Es liegt die Vermutung nahe, dass es im Budget weitere Posten gibt, die in die Abteilung „nice-to-have“ gehören.

Eine Mehrheit der GRPK ist der Meinung, dass, wenn die Einnahmen zurückgehen, auch die Ausgaben weniger werden müssen. Dies ist beim vorliegenden Budget nicht erfüllt. Nach dem Versand der Einladung zur heutigen Einwohnerratssitzung hat der Gemeinderat dem ER brieflich einen Vorschlag gemacht. Darin enthalten sind die 0,675 Millionen, die die GRPK „erfunden“ hat. Die fehlende Differenz zu den CHF 2,2 Mio. möchte der GR mit einem Darlehen aus dem Erlös der WBA finanzieren. Wenn dieser Fehlbetrag aus dem Fonds der WBA genommen wird, hat dies absolut nichts mit sparen zu tun. Ausserdem dürfte es nicht ganz einfach sein, zweckgebundene Gelder aus einem Fonds zu nehmen. Wenn das so gemacht würde, könnte man das Geld ohne weiteres aus dem Eigenkapital vorschliessen.

Die GRPK wollte versuchen zu sparen. Sparen heisst nicht, wünschbare Ausgaben nicht zu tätigen, sondern beim einen oder anderen Punkt zu verzichten oder einzuschränken. Offensichtlich hat der Gemeinderat nicht geglaubt, dass es der GRPK ernst ist und sie das Budget so nicht bewilligen wird. Der Vorschlag des Gemeinderats, das Budgets jetzt zu bewilligen und von ihm im Gegenzug im nächsten halben Jahr einen Sparvorschlag zu erhalten, ist ein gut gemeinter. Rechtlich ist es allerdings so, dass der Gemeinderat über die bewilligten Ausgaben verfügen kann, wenn das Budget heute angenommen wird. Erklärt er dann Mitte Jahr, dass diese oder jene Umstände zu keinem Sparergebnis führen, nützt alles Schimpfen nichts, die Rechnung 2014 müsste trotzdem abgenommen werden.

Wenn der Gemeinderat sich so sicher ist, dass er die zusätzlichen 1,5 Millionen im 2014 einsparen kann, kann er die Lösung mit dem Budgetrektifikat im Januar vorlegen.

Zum Schluss nochmals die budgetierten Fehlbeträge: Ausgewiesener Verlust im jetzigen Budget = 2,19 Millionen. Die Steuererhöhung ergibt ca. 3,3 Millionen. Es sind also rund 5,4 Millionen, die mit Verlust und Steuererhöhung gedeckt werden sollen. Dazu kämen die bis jetzt getätigten Abschreibungen von etwa 4,8 Millionen. Das ergibt einen Verlust von ca. 10 Millionen, die nach alter Lesart ausgewiesen werden. Das wäre alles nicht so schlimm, wenn man im Finanzplan eine bessere Prognose hätte. Doch weist Binningen im 2012 einen Verlust aus, man wird voraussichtlich im 2013 einen Verlust ausweisen und mit dem jetzigen Budget wird nochmals ein Verlust geplant. Auch die nachfolgenden Jahre sehen nicht besser aus. Sollte der Abschluss entgegen aller Prognosen doch noch positiv ausfallen, kann man im kommenden Jahr auf die einzelnen Ausgaben, die jetzt vielleicht nicht bewilligt werden, wieder zurückkommen.

Diese Überlegungen und die Aussagen im Bericht veranlassen eine knappe Mehrheit der GRPK, den Gemeinderat zu bitten, das Budget nochmals zu überarbeiten und dem Einwohnerrat im Januar eine Alternative vorzulegen.

Markus Ziegler, FDP: Nachdem die Rechnung 2012 einen Verlust von CHF 2,7 Mio. aufwies, liegt heute Abend ein enttäuschendes Budget 2014 mit einem Verlust von CHF 2,2 Millionen vor. Es resultiert ein Verlust, obwohl der Gemeinderat eine Steuererhöhung von 3 Prozent auf 49 % beantragt und damit tief ins Portemonnaie des Steuerzahlers greifen will. Leider sieht der GR offensichtlich auf der Ausgabenseite keinen Handlungsbedarf, da er keine signifikanten Einsparungen vorschlägt. Eine derart einseitige Betrachtungsweise des Finanzproblems der Gemeinde Binningen ist für die FDP nicht akzeptabel. Anlässlich der Rechnung 2012 liess sich der GR im Juni im Bericht der GRPK wie folgt zitieren:

„Der Gemeinderat hat jedoch Massnahmen eingeleitet, dass die Abteilungsleiter im Laufe des Budgetprozesses 2014 Überlegungen anstellen, wie auf Basis des Budgets 2013 Einsparungen gemacht werden können.“

Weder die FDP noch die GRPK haben diese Einsparungen im Budget 2014 gefunden. Die im Bericht erwähnten Einsparungen entpuppen sich bei näherer Betrachtung als im verwaltungsinternen Budgetprozess nicht gewährte Mehrausgaben oder Wünsche. Zur Erinnerung die Definition von Sparen: Sparen heisst weniger ausgeben, nicht das Wachstum bremsen. Seitdem Binningen offiziell zu den rot-grün regierten Städten gehört, ist dieses Wissen anscheinend verloren gegangen.

Ein Blick ins Budget erklärt das Problem: Das Globalbudget ist von 2010 bis 2014 von CHF 50,9 Mio. auf CHF 60,5 Mio. angestiegen – also um 20 Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Einnahmen von 49,4 auf 51,3 Millionen = 4 Prozent gestiegen. Der Gemeinderat wie auch der Einwohnerrat tragen die Verantwortung dafür, dass man in den besseren Jahren auf zu grossem Fuss gelebt hat.

Bei den Einnahmen ist anzumerken, dass man mit einer grossen Unsicherheit konfrontiert ist: Im 2011 hatte man einen Höchststand, der im 2012 massiv nach unten korrigiert wurde. Die FDP findet es befremdlich, dass sich der Gemeinderat, was die Prognose der Steuereinnahmen betrifft, auf einem kompletten Blindflug befindet. Man weiss nicht, ob die Einbrüche vorübergehend oder langfristig sind. Auch in dieser Sache hat der GR sein Versprechen, die Steuereinnahmen vor dem Budget 2014 solide zu analysieren, nicht gehalten.

Die FDP kann die einseitige Verbesserung der Gemeindefinanzen auf dem Buckel der Steuerzahler nicht akzeptieren. Für sie sind auch auf der Ausgabenseite kurz- und langfristige Massnahmen unumgänglich. Aus diesem Grund folgt die Partei der Empfehlung der GRPK, das Budget an den Gemeinderat zurückzuweisen. Ein Teil der Fraktion ist durchaus bereit, über den Steuersatz zu diskutieren, sieht die 3 Prozent jedoch auch als maximale Erhöhung, nicht als gesetzt.

In Ergänzung zum Antrag der GRPK beantragt die FDP, dass der Gemeinderat im Januar drei Varianten unterbreitet, über die im Rat diskutiert und die effizient behandelt werden können. Auf Basis der drei

Stellschrauben – Einnahmen, Ausgaben und theoretisch ein Verlust, der geschrieben werden kann – sollen die drei Vorschläge erarbeitet werden.

Als mittelfristige Massnahme erwartet die FDP möglichst rasch die vom GR angekündigten KAP-Massnahmen, die vor der Umsetzung im Einwohnerrat besprochen werden müssen. Weiter ermutigt die Partei den Gemeinderat, sich weiterhin mit aller Kraft für die Gemeindeinitiative einzusetzen, damit dort eine gewisse Entlastung möglich wird.

SVP: Ch. Anlikers Reaktion auf dieses Budget nach dem ersten Schock: „So nicht!“. Ein Verlust ist zwar immer unschön, doch das kann passieren. Dass die Selbstfinanzierung bachab geht, gibt Anlass zur Sorge. Doch eine 3-prozentige Steuererhöhung ist für den Redner schlicht zu viel. Die Gemeinde besitzt genug Eigenkapital, um einen Verlust 2013 und 2014 ohne Steuererhöhung zu decken. In Christoph Anlikers Augen wäre jedes zusätzliche Steuerprozent ein Raub am Steuerzahler.

Die bereits von Edi Rietmann erwähnten Neubewertungsreserven unter HRM2 – von denen man noch nicht weiss, wie hoch sie ausfallen – können für Neubewertungen oder für Verlust, den man schreibt, aufgelöst werden. Es ist also genügend Spielraum vorhanden, um das Problem genau zu analysieren. Bisher kennt man nur ein Jahr, in dem der Ertrag eingebrochen ist. Wie nachhaltig und auf welchem Niveau sich das einpendelt, ist unklar.

Jetzt ist die Zeit da, in der die noch nicht umgesetzten KAP-Massnahmen in Angriff genommen werden sollen. Ch. Anliker kann seitens des Gemeinderats keinen Sparwillen erkennen. Die GRPK hat ohne grösseren Aufwand immerhin Sparpotenzial von CHF 675 000 gefunden. Den gemeinderätlichen Vorschlag, das Defizit aus dem WBA-Fonds zu decken, kann von der SVP nicht akzeptiert werden. Der damalige Vorschlag des Redners, das Geld in die laufende Rechnung zu stellen, wurde abgelehnt; der Einwohnerrat beschloss die Öffnung des Fonds. Und dort soll das Geld jetzt auch bleiben.

Fazit: So nicht. Zurück an den Absender. Keine Steuererhöhung.

Gaida Löhr: Auch die SP ist von diesem Budget nicht begeistert. Nachdem jahrelang mehr Steuern eingenommen wurden als erwartet, war dies ein böses Erwachen. Edi Rietmann und die anderen Vorredner haben schon viel über die Ausgabenseite gesprochen. Dazu möchte Gaida Löhr nichts sagen, denn sie ist mit den anderen einig. Im Zentrum des Budgets steht, dass es massive Einbrüche bei den Einnahmen gibt. Sieben Millionen Franken weniger Steuereinnahmen sind sehr schmerzhaft. Wie bereits erwähnt, wird Binningen das Problem wegen der Pensionskasse, Schule, Pflegekosten und mehr gebundenen Ausgaben länger beschäftigen. Jetzt muss also grundlegend und nachhaltig reagiert werden.

Eine ähnliche Situation gab es in den 90-er Jahren. Damals wurden die Steuern massiv, viel mehr als jetzt vorgesehen, erhöht. Dann wurde entgegen dem Willen der SP viel Baurechtsland verkauft und die Finanzen wurden sehr rasch saniert. Auch Dank ein paar guten Steuerzahlern hat sich Binningen erholt und ist zur drittgünstigsten Gemeinde des Kantons geworden. Bei all diesen Steuersenkungen haben die Bürgerlichen stets betont, wie wichtig ein flexibler Steuerfuss ist und sie haben versprochen, eine Steuererhöhung mitzutragen, sollte sie nötig sein. Jetzt ist sie nötig.

In den guten Jahren wurde ein breiter Service public aufgebaut, was wichtig ist, wenn man gute Steuerzahler will. Andererseits hat der Einwohnerrat die KAP-Massnahmen diskutiert und es wurden nach Ansicht der SP teilweise schmerzhaft Einsparungen durchgeführt. Nun gilt es, für die Zukunft Weichen zu stellen. Die Fraktion ist sich mehrheitlich einig, dass auf der Einnahmenseite Massnahmen nötig sind. Der Gemeinderat schlägt 3 Prozent Steuererhöhung vor, was rund 3 Millionen Franken entspricht. Bei insgesamt 7 Millionen weniger Einnahmen bedeutet das, dass stark eingespart werden muss. Wie Markus Ziegler gesagt hat, heisst sparen weniger ausgeben. Nun ist aber die Frage, wo man mit dem weniger Ausgeben beginnt. Zum Beispiel hat der Einwohnerrat beschlossen, ein Jugendkonzept zu erarbeiten. Das hat der Gemeinderat aus dem Budget gestrichen, und somit bereits einen Versuch gemacht, zu

sparen. Das sind weniger Ausgaben, auch wenn es nicht weniger sind im Vergleich zum letzten Jahr. Doch es sind weniger, als der Einwohnerrat beschlossen hatte. Mit diesem Beispiel möchte Gaida Löhr zeigen, dass der Gemeinderat bereits angefangen hat, zu sparen, auch wenn er das nicht jedes Mal deutlich markiert hat.

Bei der zusätzlichen Budgetrunde der Subkos mit den Gemeinderäten und den Vertretern der Verwaltung hat sich gezeigt, dass der Spielraum zum Sparen wegen der CHF 60 Mio. gebundener Ausgaben gar nicht so gross ist. Viele der nicht gebundenen Ausgaben sind vom Einwohnerrat beschlossene. Deswegen ist die SP-Fraktion der Meinung, dass auch der ER Verantwortung übernehmen und wohlüberlegt entscheiden muss, wo man sparen will; denn sparen heisst verzichten. Im Gegensatz zum Privathaushalt spart man nicht an sich selber, sondern auf dem Buckel der Steuerzahler.

Trotzdem sieht die SP Sparpotenzial und steht hinter (ihrer) Idee, den Stellenplan zu überprüfen. Sie ist mit dem Gemeinderat und der Verwaltung einig, dass sich der Einwohnerrat mit Sparvorschlägen beschäftigen sollte. Das braucht Zeit, doch da Binningen über ein kleines Polster verfügt, hat man diese Zeit. Wenn der Einwohnerrat seine Hausaufgaben macht, wird im Frühling gespart, weil der Rat das durchsetzen kann. Die SP erachtet diesen Weg als deutlich nachhaltiger, als jetzt das Budget zurückzuweisen und so den Gemeinderat zu zwingen, in einem Hauruck-Verfahren zu sparen. Nach Ansicht von Gaida Löhr, ist es relativ einfach, ein Budget mit einer schwarzen Null nachzuliefern, da Zahlen bekanntlich geduldig sind. Sie findet eine Budgetrückweisung unschön, weil es ein Druckmittel ist. Im Gegensatz zu den Amerikanern ist die Gemeinde nicht tief verschuldet.

Die SP ist gegen eine Rückweisung. Für sie spielt es keine Rolle, ob das Budget schwarze oder rote Zahlen schreibt, denn wenn das Geld bis zur Rechnung eingespart werden kann, ist das egal.

Anand Jagtap; Grüne/EVP: Wie man gehört hat, ist die Situation für Binningen ungemütlich. Bei einem Gesamthaushalt von CHF 75 Millionen sind 7 Millionen weniger Einnahmen nicht wenig. Dieser Fehlbetrag kann nicht einfach aufgefangen werden. Der Gemeindehaushalt hat sehr viel gesetzlich gebundene Ausgaben. Wo die Ausgaben freiwillig sind, geht es meistens um die Infrastruktur wie z.B. die Schwimmhalle, Sportanlagen etcetera. In diesen Bereich zu sparen würde eine Minderung der Attraktivität Binningens bedeuten, was sehr rasch zu einem Teufelskreis würde.

Die Aussichten sind trüb, weil noch grosse Ausgaben anstehen. Der Gemeinderat legt ein Budget vor, das den finanzpolitischen Rahmen in mehreren Dimensionen sprengt. Zu diesem Rahmen gehört der Artikel 41 der Gemeindeordnung, mit dem das Volk eine Neuverschuldung verhindern möchte. Auch ein ausgeglichenes Budget, das mit dem aktuellen Steuerfuss auskommt, gehört dazu. Das vorliegende Budget genügt diesen Rahmenbedingungen nicht: Es verletzt die Selbstfinanzierungsregel, es sieht Steuererhöhungen vor und budgetiert mit einem Defizit. Die vorberatende GRPK war sich der Problematik bewusst und hat mit einem unkonventionellen Ansatz zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung versucht, Einsparpotenzial zu finden. Leider ist dieser Versuch gescheitert. Der Gemeinderat war nicht bereit, dem Ansatz der GRPK zu folgen. Er verweist weiterhin auf das KAP-Programm, das 2014 erwartet wird.

Eine Diskussion erachtet die Grüne/EVP als wichtig: Es geht nicht nur darum, welche Leistungen man will, bzw. nicht will und zu welchem Preis. Es geht auch darum, wie effizient und in welcher Qualität Leistungen erbracht werden. In dieser Frage können nur der Gemeinderat und die Verantwortlichen in der Verwaltung den Einwohnerrat weiter bringen. Die Rückweisung des Budgets ist die einzige Möglichkeit, den Gemeinderat in seiner Pflicht zu belassen. Die Fraktion stimmt mit der Aussage des GRPK-Berichts überein, dass es nicht die Aufgabe des Parlaments ist, konkrete Sparvorschläge zu formulieren. Das ist auch nicht mit der Logik von WoV vereinbar. Hier zeigt sich deutlich, dass das Führen mit WoV ein Schön-Wetter-Programm ist. Wenn die Mittel knapp werden, wird es für das Parlament schwierig, auf Kürzungen hinzuwirken. Aus diesem Grund stimmt die Grüne/EVP der Rückweisung des Budgets zu. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat jetzt den Schritt unternimmt, den er in der Phase der Beratung

verpasst hat. So soll ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben erreicht werden.

CVP/GLP, Katrin Bartels: Wie gehört, sind die Aussichten nicht rosig. Dass mit der angespannten Finanzlage zugleich das Arbeitsklima in der Verwaltung so schwierig ist, dass die Fluktuationen überdurchschnittlich sind, macht die Entscheidungsfindung für den Einwohnerrat nicht einfacher. Es konkurrieren sich unter anderem die zwei Ziele Ruhe in die Arbeit der Verwaltung zu bringen und die tatsächlichen Einsparungen zu definieren und umzusetzen.

In der Vorlage des GR wird von laufenden Analysen zu den Sparmöglichkeiten gesprochen – allein, es fehlt der Glaube. „Gouverner c’est prévoir“. Im vergangenen Jahr hat Mike Keller darauf hingewiesen, dass das rosige Resultat 2012 auf einen Einmal-Effekt zurückzuführen sei. Leider hat sich diese Erkenntnis nicht so weit durchgesetzt, um ein umfassendes Sparpaket über alle Produktegruppen zu schnüren. Gemäss dem GR-Bericht ist der Prozess aufgegleist, doch wird das angestrebte Resultat, ein ausgeglichenes Budget, weder terminiert noch in Aussicht gestellt. Eine weitere Verschiebung von unumgänglichen Sparmassnahmen hätte eine Verlängerung der Unsicherheit für die Verwaltungsangestellten zur Folge. Die Fluktuationen können durch eine Samthandschuh-Taktik nicht gebremst werden, weil die Ursache der Unsicherheit und Unzufriedenheit damit nicht angegangen wird. Der CVP/GLP-Fraktion erscheint eine Paket-Logik als einzig gangbarer Weg. Wenn es soweit ist, wird sie zu Steuererhöhungen JA sagen, doch jetzt weist sie das Budget zur Überarbeitung mit dem Ziel einer schwarzen Null zurück. Es sollen auch innerhalb der Produktegruppen Prozentwerte definiert werden, die als Sparmassnahme erreicht werden müssen. So soll ausgeglichen und nicht nur bei den Schwächsten gespart werden. Es ist klar, dass bei den ungebundenen Ausgaben kurzfristiger gespart werden kann als bei den gebundenen. Doch es gibt noch viele ungenutzte Synergien und unnötige Luxuslösungen. Auch die CVP/GLP ist der Auffassung, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrats ist, diese zu benennen und der Kenntnisstand dafür zu wenig detailliert ist.

Wenn die Verwaltung und der Gemeinderat damit begonnen haben, Sparmöglichkeiten zu suchen, gibt ihnen jetzt der Einwohnerrat Rückendeckung, vielleicht auch den nötigen Druck, um die Optionen in budgetrelevante Massnahmen zu überführen. In diesem Sinn möchte die Fraktion ihr Versprechen, die Steuererhöhung zu unterstützen und die gleichzeitige Rückweisung des Budgets nicht als Misstrauensvotum an den Gemeinderat verstanden wissen, sondern als Mittel der Beschleunigung zur Umsetzung der eingeleiteten Sparbemühungen.

Roger Moll, parteilos: Der Spruch „Spare in der Zeit, so hast du Geld in der Not“ trifft für die 90-er Jahre zu. Das Argument „Infrastruktur ist ein Standortvorteil“ hat im Einwohnerrat immer wieder dazu geführt, dass Ausgaben getätigt wurden, die man hätte ablehnen sollen.

Im Brief vom 29. November erläutert der Gemeinderat die Gründe zum Antrag der Steuererhöhung. Für die Parteilosen sind diese Begründungen grösstenteils nachvollziehbar. Betrachtet man aber die Medienmitteilung vom 21. November, die besagt, dass ein Fehlbetrag von 2,2 Mio. Franken ansteht, muss man sich fragen, warum die Summe von 2,55 Millionen von nicht beeinflussbaren Kosten zu Buche steht, die auf ein jährliches Minus hinweist. Laut Gemeinderat soll der Betrag aus dem Eigenkapital gedeckt werden. Doch was passiert, wenn sich dies jedes Jahr wiederholt? Sollen dann jedes Jahr 2 Millionen vom Eigenkapital abschöpft werden, um eine schwarze Null schreiben zu können?

Für die Parteilosen kommt bei der Auswahl zwischen den Varianten „Schwarze Null“ und „Dringliche Motion“ nur die erstgenannte in Frage. Damit die laufenden Verpflichtungen erfüllt werden können, ist die Fraktion gegen eine Rückweisung. Der Gemeinderat wie auch der Einwohnerrat sind in der Pflicht, eine Ausgabendisziplin zu halten. Das bedeutet, alles, was „nice-to-have“ ist, abzulehnen oder allenfalls einen vernünftigen Kompromiss auszuarbeiten. Die Parteilosen appellieren dafür, dass der Gemeinderat per Ende zweites Quartal eine Soll/Haben-Bilanz vorlegt, in welcher die Produktegruppen und Leis-

tungszentren ausgeglichen ausgewiesen werden. Sie erachten es als unseriös, dem GR den Auftrag zur Überarbeitung des Budgets bis im Januar 2014 zu übergeben.

Markus Ziegler, FDP, macht darauf aufmerksam, dass das amerikanische System nicht mit dem schweizerischen zu verwechseln ist. Wenn hier ein Budget zurückgewiesen wird, bedeutet das nicht, dass die Gemeindeverwaltung nicht mehr arbeiten kann. Genauso wenig heisst es, dass die Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Es ist zu würdigen, dass die Schweiz ein anderes System hat.

Gemeindepräsident Mike Keller bedankt sich für die offenen und klaren Worte, die er sehr gut nachvollziehen kann. Mit Befriedigung hat er festgestellt, dass der Einwohner- wie auch der Gemeinderat das gleiche Ziel vor Augen haben. Jedoch hat man eine differenzierte Ansicht zur Erlangung dieses Ziels. Es sind sich alle einig, dass bei Einkommensverlusten die Ausgaben gesenkt werden müssen, egal, ob man eine Unternehmung oder eine Gemeindeverwaltung ist. Der vorliegende Fall hat aber eine Dimension, die die Möglichkeiten des Gemeinderats übersteigt. Auf der Ausgabenseite hat man gemeinsam durchaus die Möglichkeit, Millionen zu kürzen. Diese Millionen liegen allerdings nicht in der Kompetenz des Gemeinderats und können nicht im Rahmen eines Budgets nur über Zahlen gutgeheissen werden. Hier wird im nicht-gebundenen Bereich über Beschlüsse gesprochen, die vom Einwohnerrat gefällt werden müssen. Bereits in der KAP-Diskussion wurde festgestellt, wie unterschiedlich die Auffassungen über den Service public sind. Wenn man über solch einschneidende Veränderungen diskutiert, ist es extrem wichtig, dies in Ruhe und auch in Kommissionsberatungen zu tun. Für derart grosse Schritte braucht es eine entsprechende Behandlung.

Der Gemeinderat hat in seinem Bericht versucht, diese Überlegungen auszuführen mit dem Verweis, dass er dem Einwohnerrat im Frühling eine Gesamtaufstellung über alle nicht-gebundenen Leistungen vorlegen will. Diese soll einerseits aufzeigen, was der gesamte Betrag ist und andererseits Sparvorschläge des GR beinhalten, die er als noch verantwortbar erachtet. Eine Steuererhöhung schmerzt immer und ist die allerletzte Karte, die man ziehen darf. Doch wenn das Defizit weder mit Retouchen noch mit einem Kraftakt zu bewältigen ist, muss das die Konsequenz sein. Es darf nicht vergessen werden, dass die Steuerzahler beim Service public mitzureden haben. Man muss sich also immer fragen, was die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gemeinde erwarten. Was muss geboten werden, was dient nur ein paar wenigen und kann vielleicht gestrichen werden? Klar, es geht um Geld, es geht ums Budget, doch es geht auch um die Gemeinde und die Erwartungen und Bedürfnisse der Steuerzahler.

Der Gemeinderat hat es mit den Erläuterungen im Budgetbericht und den Argumenten in der GRPK nicht geschafft, seine Gesinnung zu vermitteln. Insofern hat er sich schlecht verkauft und nimmt die Kritik des Einwohnerrats in diesem Sinne entgegen. Mike Keller weist aber die Aussage des GRPK-Präsidenten, der Gemeinderat habe die Situation nicht ernst genommen, klar zurück. Der Gemeinderat ist sich der Ernst der Lage sehr bewusst und will sich mit aller Kraft für eine Lösung einsetzen. Der Gemeindepräsident korrigiert die Aussage, die GRPK habe die Sparmassnahmen gefunden. Diese wurden in den Subkos mit den GR und der Verwaltung erarbeitet. Weiter will er klar stellen, dass der Einwohnerrat über den hinteren Teil des Budgetberichts entscheidet. Darin sind die Leistungsziele definiert. Wenn man also von WoV spricht und etwas ändern will, dann müssen die Leistungsziele korrigiert werden. Darüber kann zusammen gesprochen werden.

Wenn das Budget heute an den GR zurückgeht mit der Auflage, soviel einzusparen wie die beantragte Steuererhöhung ausmacht, heisst dies, dass 2,2 Millionen Franken gespart werden müssen. Falls der Einwohnerrat der Meinung ist, dass es innerhalb der Leistungen, welche die Verwaltung erbringt und innerhalb der budgetierten Sachausgaben einen Spielraum von dieser Dimension gibt, findet das Mike Keller enttäuschend. 2,2 Millionen haben nichts mehr damit zu tun, dass der GR und die Verwaltung manchmal anscheinend etwas grosszügig budgetieren. Dieser Betrag überspannt den Bogen. Der Gemeinderat kann, wie von der FDP gewünscht, verschiedene Möglichkeiten aufzeigen. Dazu gehö-

ren auch Möglichkeiten ohne Steuererhöhung. Doch dafür braucht es später den Einwohnerrat. Diesen Weg wollte man nicht gehen.

Der zweite Grund, warum der Gemeinderat erst im Frühling mit dem Sparpaket kommen will, ist folgender: Im Frühling weiss man, wie die Rechnung 2013 provisorisch aussieht. Die Analyse der Rechnung hat gezeigt, dass es in Binningen eine demographische Entwicklung gibt, die auf der Steuereinnahmeseite nachhaltig sein kann. Es gibt jedoch erst eine Rechnung, die das belegt. Mit dem Abwarten auf die provisorische Rechnung 2013 hätte man die Möglichkeit gehabt, zu sehen, ob sich dieser Trend bestätigt.

Zum Schluss bittet Mike Keller die Einwohnerrät/innen, auf das Budget einzutreten. Der Gemeinderat wolle das Parlament nicht über den Tisch ziehen, sondern mit ihm gemeinsam eine vertretbare Lösung suchen.

ABSTIMMUNG Antrag FDP

Ja: 26 / Nein: 5 / Enthaltungen: 5

ABSTIMMUNG Antrag GRPK

Ja: 27 / Nein: 9 / Enthaltungen: 0

BESCHLÜSSE

://: 2.1. Das Budget 2014 wird zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen. Das Ziel sollte sein, ein Budget 2014 vorzulegen, das bei einer Steuererhöhung von max. 3 % mit einer schwarzen Null abschliesst.

://: 2.2. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat dazu Budgetvarianten mit unterschiedlichen Ausgabenreduktionen und unterschiedlichen Erhöhungen des Steuerfusses, jedoch maximal 3%-Punkte, vor. Mindestens eine Variante muss eine schwarze Null beinhalten.

Traktandum 3

Nr. 67

Motion Ph. Schaub, parteilos: Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege zu Hause

Philippe Schaub, parteilos: Im Bericht des Gemeinderats wird nicht aufgezeigt, wie die Grundlagen der als Beispiel aufgeführten Gemeinden Reinach und Arlesheim mit Binningen kompatibel sein könnten. Da die Motion erst ein halbes Jahr nach der Einreichung behandelt wird, wird der Reglementsentwurf erst im Jahr 2015 dem Einwohnerrat vorliegen. Philippe Schaub hält an der Motion fest.

Katrin Bartels, CVP/GLP: Ihre Fraktion wäre bereit, das Anliegen als Postulat zu unterstützen, da der Gemeinderat sowieso dabei ist, das Reglement zu entwerfen.

Peter Heiz: Auch die FDP ist der Meinung, dass die Verwaltung bereits dabei ist, das Reglement auszuarbeiten und wird sich entscheiden, wenn die Vorschläge vorliegen.

Peter Buess, Grüne/EVP: Wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde, hätte es die Unterstützung der Grüne/EVP.

Carolle von Ins Hafen: Pflegebedürftigen Personen die Möglichkeit zu geben, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können, ist für die SP ein wichtiger Bestandteil der Alterspflege-Politik. Das ist aber nur machbar durch den Ausbau der ambulanten Leistungen und pflegende Angehörige. Mit Befriedigung hat die Partei festgestellt, dass mit dem Alterskonzept von 2012 die Bedürfnisse der Anspruchsgruppen berücksichtigt worden sind und ein Massnahmenkatalog erarbeitet worden ist. Dieser sieht unter anderem die Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen vor. Wie der Motionär hervorgehoben hat, werden die Gemeindefinanzen entlastet, wenn die Leute länger daheim gepflegt werden können, da stationäre Aufenthalte viel kostenintensiver sind als der Aufenthalt zu Hause.

Die SP möchte die Motion an den Gemeinderat überweisen.

Susanna Keller: Die SVP ist dafür, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen.

Gemeinderätin Heidi Ernst: Der Gemeinderat hat nichts dagegen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Sie freut sich, dass der Rat dem Thema so grosse Bedeutung beimisst. Philippe Schaub's Fragen und Anregungen werden bei der Umsetzung berücksichtigt.

Philippe Schaub stimmt der Umwandlung zu.

ABSTIMMUNG: Überweisung des Postulats
Grossmehrheitlich angenommen

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 4

Nr. 71

Motion S. Brenneisen/G. Löhr, SP: Einführung von Tempo 30 auf der Binniger Hauptstrasse

Severin Brenneisen, SP: Die Hauptstrasse wird besonders morgens und abends durch Berufs- und Pendlerverkehr stark befahren und stösst oft an die Kapazitätsgrenze. Wie der Gemeinderat in seinem Bericht erwähnt, haben die baulichen Massnahmen des Kantons erhebliche Verbesserung – insbesondere für den öffentlichen Verkehr – bewirkt. Die Sicherheit wurde erhöht. Mit der eingereichten Motion möchten die Motionäre die Wahrnehmung des Verkehrs und des Geräuschpegels gegenüber den Fussgängern verbessern. Sie sind der Meinung, dass es für ältere Personen und Kinder wichtig ist, dass eine Geschwindigkeitsreduktion erfolgt. Durch das geringere Tempo fällt das ständige Stoppen und Anfahren womöglich weg. Die Dorfstrasse soll als Dorfstrasse und nicht als versteckte Hauptstrasse wahrgenommen werden. Aus diesen Gründen soll eine Geschwindigkeitsreduktion während einer Versuchsphase von zwei Jahren umgesetzt werden.

FDP: Sven Inäbnit fährt relativ häufig auf dieser „Dorfstrasse“ und eigentlich nie 50 km/h. Das ist praktisch nur spät nachts oder am Sonntagmorgen früh möglich. Der Gemeinderat hat die Problematik einer

Verkehrsberuhigung auf 30 km/h auf einer kantonalen Hauptstrasse umfassend beschrieben. Sie wurden bei der Beantwortung eines kantonalen Postulats ausreichend dargelegt. Es war schon ein Husarenstück Tempo 40 gegenüber Bus und Tram zu verteidigen. Bei Tempo 30 hat man nicht den Hauch einer Chance.

Die Auswirkungen von Tempo 30 ist einerseits der Schleichverkehr und andererseits (was bestimmt nicht im Sinne der Motionäre ist) sind keine Fussgängerstreifen mehr erlaubt. Erfahrungen anderer Gemeinden zeigen, dass es fast mehr Unfälle gibt als vorher. Weiter bemerkt der Redner, dass sich der Verkehr sehr rasch ab dem Kronenplatz bis nach Bottmingen/Oberwil stauen würde und dies nicht im Sinne einer guten Nachbarschaft wäre.

Die FDP schlägt dem Gemeinderat vor, sich gelegentlich Gedanken darüber zu machen, wie die Hauptstrasse da und dort verschönert werden könnte. Die Fraktion ist gegen die Überweisung der Motion.

Meret Rehmann: Die Grüne/EVP-Fraktion ist für die Überweisung. Ein ruhigerer Verkehrsfluss würde einerseits mehr Sicherheit und andererseits positive Auswirkungen auf das lokale Gewerbe bringen. Die Ladengeschäfte und Schaufenster würden besser wahrgenommen und die Fussgänger würden eher den Geschäften entlang flanieren, weil sie sich wohler fühlen. Laut der Beantwortung durch den Regierungsrat fallen Fussgängerstreifen „grundsätzlich“ weg, was nicht heisst, dass es in jedem Fall so sein muss. Bei guter Begründung kann es durchaus sein, dass Fussgängerstreifen bleiben können.

Durch Einführung von Tempo 30 würde nicht zuletzt etwas für die Volksgesundheit und die psychische Verfassung der Autofahrer getan. Wäre die vorgeschriebene Limite bei 30 km/h, würden sich die Autofahrer/innen weniger darüber aufregen, dass sie nicht so schnell fahren können wie erlaubt ist.... Im Ernst: Eine Verkehrsberuhigung dieses Hauptverkehrsstrassenabschnitts wäre eine Aufwertung für Binningen und würde die Strasse zum Ortszentrum machen, nicht nur zur Ortsdurchfahrt.

CVP/GLP: Thomas Hafner bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme zur Motion. Die Fraktion teilt die Einschätzungen des Gemeinderats und möchte keine Verschlechterung der bereits sehr schwierigen Verkehrssituation in Binningen. Sollte später Diskussionsbedarf bestehen, würde der Redner detaillierter Stellung nehmen. Vorläufig ist nur zu sagen, dass die CVP/GLP die Motion entschieden zurückweist und auch eine Umwandlung in ein Postulat ablehnt.

Gaida Löhr, SP: Wer gestern die Tagesschau gesehen hat, weiss, dass diese Motion im Trend liegt. Die Städte Basel, Bern und Zürich verlangen neu, dass auf kantonalen Hauptstrassen erleichtert Tempo 30 eingeführt werden kann. Auch dort ist die Begründung, dass der Stau normalerweise bereits vorhanden ist und Tempo 30 für einen sichereren und am Schluss eher schnelleren Durchgangsverkehr führt, weil es weniger, nicht mehr, Staus gibt.

Jürg Blaser: Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen die Motion. Sie ist der Meinung, dass die Hauptstrasse eine Hauptstrasse bleiben und nicht zur Quartierstrasse werden soll. Ausserdem gibt es schon genügend Hindernisse für den Verkehr in Binningen.

Jürg Humbel, FDP, meint zur psychischen Verfassung, dass die Bus- und Tramchauffeure zu leiden hätten, weil sie Fahrpläne einhalten müssen und heute schon ständig stehen anstatt zu fahren. Ausser Frage steht wohl auch, dass sich die Autofahrenden auf den Verkehr konzentrieren müssen und nicht Schaufenster bewundern sollen.

Roger Moll: Für die Parteilosen gibt es fünf Gründe, warum Tempo 30 auf der Hauptstrasse abgelehnt werden soll: Auf den 920 Metern vom Dorenbachkreisel bis zum Kronenplatz gibt es sechs Fussgängerstreifen. Zwei davon sind gesicherte Übergänge.

1. Beim Holeerain und bei der Post hat der Kanton zusätzlich Zeitverlängerungen eingebracht für ältere oder gehbehinderte Personen und Schulkinder.
2. Der gesamte Verkehr kommt durch Tram- und Bushaltestellen sowie die Fussgängerquerungen zum Stillstand. Auch mit Tempo 30 lässt sich das nicht verhindern.
3. Dass die erwünschte Kundschaft dem Binninger Gewerbe an der Hauptstrasse fern bleibt, dafür gibt es sicher andere Gründe.
4. Die Einführung von Tempo 30 auf Hauptstrassen wird beim Bund diskutiert. Das betrifft diejenigen Hauptstrassen, bei denen ein erhöhtes Verkehrsrisiko besteht. Das heisst Hauptstrassen, die gerade durch die Dörfer führen und keine Behinderungen haben.
5. Es besteht ein Sicherheitsrisiko, wenn PWs und Nutzfahrzeuge mit Tempo 30 fahren und die Elektrovelos mit 40 km/h rechts überholen.

Peter Heiz, FDP: Es entspricht nicht den Tatsachen, dass eine Temporeduktion dem Gewerbe förderlich ist. In Basel, wo ein rigoroses Verkehrsregime eingeführt werden soll, können kleine Betriebe nicht mehr weiterverkauft werden, weil sie dann vom Durchgangsverkehr abgeschnitten werden. Nach Ansicht des Redners hat Binningen kein Verkehrs- sondern ein Veloproblem, das auch nicht durch eine Zone 30 gelöst wird. Es scheint zwei eidgenössische Verkehrsordnungen zu geben: Eine für den motorisierten Verkehr und eine für die Velofahrer.

Gemeinderat Urs-Peter Moos äussert sich zu den Voten:

Ein wesentlicher Punkt ist, dass die Hauptstrasse eine Kantonsstrasse ist, die nicht im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde liegt.

Es scheint dem Gemeinderat naheliegend, dass eine Strasse mit dem Namen „Hauptstrasse“ auch diesen Zweck erfüllt.

Betreffend Kinder und älterer Personen ist festzuhalten, dass der Übergang auf Höhe der Post seit der Sanierung der Hauptstrasse sehr sicher ist. Die Strasse wurde zurückgebaut, um den Weg zu verkürzen und mit einer Lichtsignalanlage kombiniert.

Wie erwähnt fahren Busse und Trams auf der Hauptstrasse. Aus der Diskussion um die Einführung von Tempo 40 auf der Paradiesstrasse weiss man, dass es dem öffentlichen Verkehr ein grosses Anliegen ist, zügig vorwärts zu kommen.

ABSTIMMUNG Überweisung der Motion

Nein: 22 / Ja: 13 / Enthaltungen: 1

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 73

Motion Ch. Anliker, SVP: Reglement Kulturfonds unter HRM2

Christoph Anliker, SVP, räumt ein, dass die finanzielle Situation Binningens eine andere war, als er die Motion eingereicht hat. Dennoch hat er zwei, drei Bemerkungen. Der Gemeinderat erklärt, es sei kein Geld vorhanden. Das Geld ist aber sehr wohl vorhanden, es ist einfach nicht fondsgebunden. So wird beispielsweise das Theater Basel weiterhin unterstützt und für die Kultur ist im Budget ein Betrag einge-

stellt. Das Problem ist, dass es Steuereinnahmen sind, wie der Gemeinderat bemerkt. Christoph Anliker hat aber von Ertragsüberschuss gesprochen und Ertragsüberschuss ist nicht gleich Steuereinnahmen. Es gibt auch andere Möglichkeiten der Finanzierung.

Der Motionär findet es schade, dass die Motion nicht überwiesen werden soll, sieht aber ein, dass eine Umsetzung schwierig wäre und zieht deswegen seinen Vorstoss zurück.

BESCHLUSS

://: Der Motionär zieht die Motion zurück.

Traktandum 6

Nr. 74

Postulat Ch. Anliker, SVP: Freier WLAN-Zugriff für alle

Alexander Huber: Die CVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es das nicht braucht. Es ist bekannt, dass etwas, das gemeinnützig zur Verfügung gestellt wird, extensiv genutzt wird. Aus eigener Erfahrung weiss er, dass das Gratis-Netz sehr oft zusammenbricht, weil zu viele User es benützen wollen. Alexander Huber denkt, dass das in Binningen nicht anders sein würde. Durch das günstige und sehr schnelle Angebot der InterGGA ist die Gemeinde in einer guten Ausgangslage. Ausserdem ist das Bereitstellen und Unterhalten der zusätzlich nötigen Infrastruktur nicht zu unterschätzen. Ein funktionierendes Kabelnetz, an das individuell WLAN-Router angehängt werden können, ist einem schlechten öffentlichen WLAN-Netz vorzuziehen.

Susanne Tribolet: Die SP-Fraktion teilt die Meinung des Gemeinderats. Sie erachtet es nicht als sinnvoll, jederzeit freien Zugang zum Internet zu haben. Die heutigen Möglichkeiten sind ausreichend und es wäre wünschenswert, dass die Leute wieder mehr auf ihre Umgebung als auf das Smartphone achten. Die Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Meret Rehmann, Grüne/EVP: Obwohl sich die Fraktion grundsätzlich für den Ausbau einer modernen Infrastruktur und kostengünstige staatliche Leistungen einsetzt, fragt sie sich, ob der WLAN-Ausbau nötig ist. Gratis-WLAN wird vorzugsweise in Parks und auf öffentlichen Plätzen genutzt, doch leider sind derartige Freizeitflächen in Binningen kaum vorhanden. Abgesehen davon, dass die BLT (und bald auch die BVB) den Dienst gratis anbieten, haben die meisten Leute per Handy Zugang zum Internet. Selbstverständlich sind diese Abos nicht gratis, doch da weder in umliegenden Gemeinden noch in Basel Gratis-WLAN angeboten wird, würde dieser Dienst kaum zu Vergünstigungen der Abo-Preise führen. Das Argument des Gemeinderats, dass Binningen bereits über ein günstiges Kabelnetz verfügt, das dann mit dem Gratis-WLAN konkurrieren würde, leuchtet der Grüne/EVP ein. Weiter unterstützt die Fraktion den Gemeinderat im Bestreben, die Strahlenbelastung für die Bevölkerung möglichst tief zu halten. Aus den genannten Gründen ist die Grüne/EVP gegen die Überweisung des Postulats.

FDP: Manuel Mohler kann sich kurz halten, da seine Vorredner/innen das meiste bereits gesagt haben. Ihm bleibt noch zu ergänzen, dass auch München nicht über ein flächendeckendes WLAN-Netz verfügt, sondern nur in Touristenzentren davon profitiert werden kann.

Christoph Anliker, SVP: Auch in der Schweiz wird das Gratis-WLAN mehr und mehr angeboten. Der Postulant würde auch eine einmalige Eintrittsgebühr, wie sie die BLT verlangt, nicht ausschliessen. Entgegen der Meinung des Gemeinderats geht es ihm nicht um eine Flächendeckung, sondern primär um Knotenpunkte wie den Kronenplatz, den Dorfplatz oder den Schlosspark. Den Aspekt der Strahlenbelas-

tung erachtet Christoph Anliker als falsch, da in den Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit folgendes nachzulesen ist: „Ob die elektromagnetischen Felder von WLAN ein gesundheitliches Risiko darstellen, ist im Moment nicht bekannt. Die Strahlung von WLAN-Geräten ist im Allgemeinen klein.“ Weiter wird darauf hingewiesen, dass das Mobiltelefon bei einer guten Verbindungsqualität weniger strahlt als bei einer schlechten. Daraus schliesst der Redner, dass das Anbieten von WLAN via Hotspot die Strahlenbelastung eher reduziert als erhöht.

Als letztes Argument für sein Anliegen nennt Christoph Anliker das Standortmarketing.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Künftig muss jeder Nutzer identifizierbar sein, was zusätzlichen Aufwand bringen wird. Der Gemeinderat erinnert an die kritischen Bemerkungen der SVP bezüglich Sparen in der vorangegangenen Budgetdebatte und meint, dass man sich die unnötigen Kosten für das im Postulat Verlangte sparen kann.

SVP: Christoph Anliker entgegnet Urs-Peter Moos, dass er in seinem Postulat vorschlägt, zunächst die Kosten für Aufbau, Inbetriebnahme, Wartung etc. aufzuzeigen, damit man anschliessend darüber sprechen kann, wie diese Kosten (beispielsweise über eine Eintrittsgebühr) gedeckt werden können.

FDP: Sven Inäbnit hat grosse Sympathie für das Anliegen und denkt, die Einführung von Gratis-WLAN würde einer modernen Gemeinde gut anstehen, doch ist er auch der Meinung, dass die Prioritäten momentan anders liegen.

ABSTIMMUNG

Überweisung grossmehrheitlich abgelehnt.

BESCHLÜSSE

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 79

Postulat CVP/GLP: Wohnzone Birkenweg

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP unterstützt das Postulat und begrüsst, dass der Gemeinderat in seiner Liegenschaftsstrategie Stellen für bezahlbaren Wohnraum prüfen will. Beim jetzigen Stand der Schulraumplanung muss jedoch mit erhöhtem Platz-/Landbedarf gerechnet werden. Sollte danach im Gebiet Birkenweg tatsächlich kein Bedarf mehr an einer ÖW-Zone sein, wäre die Grüne/EVP-Fraktion gerne bereit, den Gemeinderat bei einer Umzonung zu unterstützen.

Daniel Zimmermann, FDP: Im Wissen darum, dass die Planungssicherheit im Planungsrecht eine Umzonung nicht so schnell möglich macht, ist die Fraktion sehr gespannt darauf, welche Erkenntnisse die Liegenschaftsstrategie des Gemeinderats bringen wird. Die Überweisung wird unterstützt.

Urs Brunner: Auch die SVP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulats.

Severin Brenneisen: Die SP findet es richtig, dass geprüft wird, ob das Land für die Schule gebraucht wird oder ob Wohnungen gebaut werden können. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Land im Fall von Wohnungsbau Wohngenossenschaften im Baurecht zur Verfügung gestellt werden soll.

ABSTIMMUNG

Überweisung einstimmig angenommen.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Gemeindepräsident Mike Keller mit einer Bemerkung zum Budget: Die Verwaltung hat sich auf der Landeskanzlei erkundigt, welche Auswirkungen eine Budgetrückweisung auf die Ausgaben der Gemeinde ab 1. Januar 2014 hat:

Bis zur Genehmigung des überarbeiteten Budgets dürfen nur die gesetzlich gebundenen Ausgaben getätigt werden. Zur Palette der ungebundenen Leistungen gehört beispielsweise die Nachmittagsbetreuung, der Mittagstisch, Leistungen an Sportvereine usw.. Laut Liestals Auskunft dürfen ungebundene Leistungen, die der Einwohnerrat mit einem Beschluss oder einem Reglement festgelegt hat, getätigt werden. Dies ist insofern wichtig, als dass es betreffend Mittagstisch oder Nachmittagsbetreuung keine Probleme geben wird.

Der Neujahrsapéro hingegen ist eine freiwillige Leistung. Mit der Rückweisung des Budgets ist er nicht genehmigt. Der Einwohnerrat kann auch nicht am heutigen Abend beschliessen, das Budget für den Apéro freizugeben. Das heisst, ein Beschluss ist zwar möglich, doch unterliegt dieser der Referendumsfrist, was die Ausrichtung des Apéros verunmöglicht. Der Gemeindepräsident bittet um Kenntnisnahme.

Diversa

Anfrage K. Bartels, CVP/GLP: Stand der Arbeiten beim Imhofhaus **89**
Anfrage St. Glaser, parteilos: Fassade Imhofhaus, 2. Anfrage **93**

Gemeindepräsident Mike Keller: Zur Erinnerung: An der Nordfassade gibt es auffällige Verfärbungen. Dabei handelt es sich um Flechten, deren Wachstum durch Taubendreck, der sich mit Regen vermischt, hervorgerufen wird.

Wie bei der Beantwortung der ersten Anfrage im Frühling mitgeteilt wurde, war das Ziel, das Problem bis Ende Jahr zu beheben. Da die Flecken noch nicht verschwunden sind, erstaunt die zweite Anfrage nicht.

Frage 1: Was wurde unternommen?

Antwort: Nach Erhalt des Expertenberichts wurde das Architekturbüro, das den Umbau des Imhofhauses gemacht hat, mit der Fassadensanierung beauftragt. Da es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt, muss die Denkmalpflege einbezogen werden. Zurzeit laufen noch Abklärungen mit den Behörden betreffend Massnahmen gegen die Flechtenbildung. Es gibt die Möglichkeit, die Flechten mit Hochdruck zu entfernen. Leider ist bei dieser Methode die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Nährgrund

nicht vollständig entfernt wird und sich neue Flecken bilden können. Um das zu verhindern müsste eine spezielle Deckschicht angebracht werden, die jedoch nicht im passenden Farbton erhältlich ist. Das bedeutet, dass das Problem unter Umständen grossflächig angegangen werden muss und das farbliche Erscheinungsbild des Imhofhauses um eine Nuance verändert wird.

Mit der Sanierung des Gebäudes verschwand ein an der Fassade angebrachtes Blech, weil es anscheinend historisch nicht vertretbar war. Rein technisch hatte es aber durchaus seine Berechtigung, da es praktisch keinen Dachrand gibt und somit alles vom Dach direkt an der Fassade entlang herunter läuft. Der Gemeinderat ist daran abzuklären, ob es möglich ist, dieses Blech wieder anzubringen und ist mit Liestal deswegen im Gespräch. Sollte die Sache grossflächig angegangen werden müssen, hätte das finanzielle Auswirkungen.

Frage 2: Hat das beauftragte Institut eine Lösung gefunden?

Antwort: Ja. Am 8. Februar werden an Ort und Stelle noch Abklärungen gemacht. Danach wird ein definitiver Vorschlag mit mehreren Kostenvoranschlägen gemacht. Momentan rechnen die Experten mit Kosten zwischen 30 000 und 40 000 Franken.

Frage 3: Wer hat für diese Kosten aufzukommen?

Antwort: Laut Experten ist die Flechtenbildung auf dem Kalkputz nicht auf Baumängel zurückzuführen. Voraussichtlich wird die Gemeinde die Kosten übernehmen müssen.

Anfrage St. Glaser, parteilos: Ausgebauter, defekter Lift in der ehemaligen Schlossmauer

91

Gemeindepräsident Mike Keller:

Der in einen Schacht eingebaute Lift musste wegen ständiger Störungen und Ausfällen durch eine andere Lösung ersetzt werden. Die Verwaltung hat im direkten Gespräch mit dem deutschen Hersteller keinen Weg gefunden, dass sich die Firma am Schaden erkenntlich zeigt. Deswegen wurde ein Jurist einbezogen. Dieser sagt, dass es sich um einen Haftpflichtfall handelt. Es wurde versucht, eine aussergerichtliche Einigung mit der Firma zu erzielen, es kam jedoch kein Vergleich zustande kam. Momentan wird das Einreichen einer Klage geprüft. Um das Prozessrisiko zu minimieren, muss die Klagesumme noch genauer eruiert werden. Im Augenblick geht man von einer Summe zwischen 50 000 und 90 000 Franken aus. Es ist wichtig, vom Juristen eine Einschätzung der möglichen Gerichtskosten zu erhalten, um abzuschätzen, ob sich eine Klage lohnt.

Frage 1: Hat man den juristischen Weg eingeschlagen?

Antwort: Ja

Frage 2: Wie hoch sind die an den Lieferanten gestellten Forderungen?

Antwort: Im Gespräch mit dem Lieferanten war die Rede von CHF 100 000. Die Summe setzt sich zusammen aus den Liftkosten und den baulichen Massnahmen.

Frage 3: Wenn ja, wie weit ist dieser fortgeschritten, gibt es bereits entsprechende Lösungen?

Antwort: Nein, es konnte keine Lösung gefunden werden, es bleibt nur der Prozessweg.

Gemeindepräsident Mike Keller: Während des Abstimmungskampfes hat Herr Eckenstein gesagt, falls die neue Lösung über 75 000 Franken kostet, würde er entsprechend dafür aufkommen. Nachdem das Volk den Bau einer neuen Treppe gutgeheissen hat, hat Herr Eckenstein an der ersten Sitzung, dem Start zur Umsetzung des Auftrags, sein Angebot präzisiert: Sein Angebot habe sich nur auf die Treppe (keine Umgebungsarbeiten) bezogen und komme nur zum Tragen, wenn die Treppe mehr als 75 000 Franken kostet. Der Gemeinderat hat an der genannten Sitzung dargelegt, dass er mit dem Abstimmungsentscheid einen Auftrag erhalten hat, den es nun gilt in ein Projekt umzusetzen und dann entsprechend auszuschreiben. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission aus Mitgliedern der Verwaltung, eines Vertreters des Gemeinderats, Mitgliedern des Initiativkomitees und eines Architekten eingesetzt. Herr Eckenstein war mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, sondern wollte als Geldgeber auch bei der Planung und Umsetzung mitreden. Der Gemeinderat hat daraufhin klar gemacht, dass er bei der Umsetzung an gewisse Spielregeln (Ausschreibung, Projektierung) gebunden ist und deshalb auf diese Forderung nicht eingehen kann. Vielmehr betrachte man den Beitrag von Herrn Eckenstein als Sponsoring. Dieser meinte daraufhin, er wolle sich zuerst das Resultat anschauen. Der Gemeinderat hat an einer Sitzung in der alten Legislatur festgehalten, er werde zu gegebenem Zeitpunkt wieder das Gespräch mit Herrn Eckenstein suchen.

Im Verlaufe dieses Monats werden die Hauptarbeiten an der neuen Treppe abgeschlossen. Ein paar witterungsbedingte Arbeiten werden im Frühjahr erledigt. Bevor der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Rechnung für die Treppe präsentiert, wird das Gespräch mit Herrn Eckenstein geführt und das Resultat im Bericht aufgenommen.

Anfrage P. Buess, EVP: InterGGA Information

Gemeinderat Urs-Peter Moos erläutert, dass er (entgegen der Aussage in der Anfrage) vor einem Monat keine derartige Anfrage per E-Mail erhalten hat. Urs-Peter Moos würde es begrüßen, wenn künftig zuerst das bilaterale Gespräch gesucht würde, bevor eine solche Anfrage platziert wird.

Die InterGGA AG hat die Öffentlichkeit Ende Oktober darüber informiert, dass sie die langjährige Zusammenarbeit mit der Improware AG kündigt. Die InterGGA AG ist für die Bündelung der diversen kommunalen Kabelnetze zuständig. Die Improware AG ist der Serviceprovider, der die Internetdienstleistung, Telefonie etc. anbietet. Das Verhältnis zwischen der Gemeinde Binningen und der InterGGA AG ist momentan etwas angespannt. Ein Grund dafür ist, dass mit dem Kabelnetz sehr viel Geld verdient wird. Die Improware AG bezahlt hohe Kommissionen an die InterGGA und der Gemeinderat ist der Auffassung, dass von diesem Geld zu wenig an Binningen fließt. Die Einnahmen für das lokale Kabelnetz machen den grössten Teil des Verdienstes der InterGGA aus.

Es war seit längerem klar, dass das Unternehmen „Quickline“ die Improware AG ersetzen wird und wie befürchtet soll mit dem neuen Provider das günstige 9-Franken-90-Angebot abgeschafft werden. Ende Oktober gab die InterGGA um 14 Uhr eine Medienkonferenz, die Aktionäre wurden um 17 Uhr informiert und innerhalb dieser Information wurde ein fixfertiges Schreiben vorgelegt, zu dem Binningen nie befragt wurde. Der Brief steckte in einem Umschlag auf dem das Logo der InterGGA und das Binnerer Gemeindewappen aufgedruckt waren. Das machte das Schreiben auch zu einer offiziellen Information Binningens, zu welcher sich der Gemeinderat vorgängig nie äussern konnte. Urs-Peter Moos hat das Schreiben nicht gutgeheissen und das Thema in den Gesamt-Gemeinderat gebracht.

Die InterGGA hat die Information auch im Binnerer Anzeiger publiziert. Der Brief wurde angepasst und anschliessend in neuen Couverts versandt.

Ein wesentlicher Punkt zum Abschluss: Die InterGGA AG verfügt über keine Kundendaten, diese hat nur die Improware. Zwischen den beiden Firmen scheinen sich noch gewisse Abstimmungsprobleme anzubahnen, aus denen sich Binningen raushält.

Präsident Stefan Kaiser wünscht allen frohe Festtage und schliesst die Sitzung um 21.10 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 27. Januar 2014, 19.30 Uhr.